

Parteien und Machtverhältnisse in Russland vor der Wahl

Am 2. Dezember 2007 wird das russische Parlament, die Staatsduma, neu gewählt. Im Sommer 2007 wussten laut einer Umfrage des gesamtrussischen Meinungsforschungszentrums (WZIOM) fast ein Viertel der Russen nichts über die anstehende Wahl. Nur 48 Prozent der Russen vertreten die Ansicht, Russland brauche die Duma. 37 Prozent glauben, Russland könne genauso gut auf der Basis von Erlassen des Präsidenten regiert werden. Gegenüber der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Machtfülle des Präsidenten hat die Staatsduma nur eingeschränkte Möglichkeiten. Dem Ministerpräsidenten lässt die Verfassung aber Spielraum für eine zukünftige Stärkung des politischen Gewichts. Die Duma-Wahl ist, trotz der im Vergleich zur Präsidentenwahl im März 2008 geringeren öffentlichen Wahrnehmung, eng mit der Zukunft Wladimir Putins verknüpft.

Der Wahlkampf in Russland

Von politischer Spannung ist derzeit in Russland wenig zu spüren. Die alles überragende Frage ist die der Zukunft Wladimir Putins, dessen Amtszeit als Präsident endet, weil verfassungsrechtlich keine dritte Amtszeit möglich ist. Die Parlamentswahl soll vor diesem Hintergrund nach dem Willen der Partei „Einiges Russland“ zu einem Putin-Plebiszit werden, um so moralisch und politisch Wege für eine Fortsetzung der Arbeit Putins zu ebnen. Zu diesem Zweck hat sich Putin zum Spitzenkandidat von „Einiges Russland“, die in Umfragen klar vorne liegt, aufstellen lassen. Dimitri Badowskij (Forschungsinstitut für Soziale Systeme) glaubt, dass "Einiges Russland" mit Putin an der Spitze allen anderen Parteien ein zentrales Wahlkampfthema aufzwingen, auf das keine Partei eine angemessene Antwort parat habe. Der Parteivorsitzende und Duma-Präsident Gryslow erklärte, es werde kein Kampf zwischen den Parteien stattfinden, wie es 2003 der Fall gewesen sei. Wahlkampfauftritte Putins wird es wegen der Neutralität des Präsidentenamts nicht geben. Die Partei „Einiges Russland“ hat zudem mitgeteilt, auf eine Teilnahme an Fernsehdebatten zu verzichten.

Kritik an der Unabhängigkeit der russischen Medien im Wahlkampf übte jüngst Luc van der Brande (Parlamentarische Versammlung des Europarates). Nicht alle Parteien hätten einen Zugang zu den Medien, die Regierungspartei dominiere den Bildschirm. Dem widerspricht die für Informationspolitik im Wahlkampf zuständige Zentrale Wahlkommission: Bislang seien kaum Beschwerden bekannt. In der Kritik standen auch die Sicherheitskräfte, nachdem sie im Frühjahr eine Kundgebung des oppositionellen Bündnisses „Anderes Russland“ mit großer Härte zu verhindern gesucht hatten.

Im Wahlkampf spielt auch die Bindung der Regionen an den Kreml eine große Rolle: Bis zum Frühjahr traten 70 von 85 Gouverneuren der Partei „Einiges Russland“ bei. Experten sprechen von einer Verschmelzung der „Partei der Macht“ mit dem Staatsapparat im Zentrum und den Regionen. Im März 2007 erreichte „Einiges Russland“ bei den Regionalwahlen durchschnittlich 46 Prozent.

Das Wahlsystem

Voraussichtlich 15 Parteien und damit acht weniger als 2003 bewerben sich um die 450 Sitze in der Staatsduma. Nach Prognosen des Gesamtrussischen Zentrums für Meinungsforschung haben nur vier Parteien (Einiges Russland, Kommunistische Partei, Gerechtes Russland, Liberaldemokratische Partei) eine Chance auf den Einzug ins Parlament. Zu groß sind die Hürden durch die

Änderungen im Wahl- und Parteiensystem: Staatsduma und Föderationsrat haben die Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent angehoben; Listenverbindungen mehrerer Parteien sind untersagt, was vor allem die Oppositionsparteien trifft; das gemischte Wahlsystem ist zugunsten eines reinen Verhältniswahlrechts abgelöst, was es unabhängigen Kandidaten (derzeit 24) unmöglich macht, an der Wahl teilzunehmen; schließlich ist die seit Sowjetzeiten existierende Wahloption, „gegen alle“ abzustimmen, ebenso abgeschafft wie die bisher geltende Mindestwahlbeteiligung von 20 Prozent. Gab es in den 90er Jahren noch mehr als 100 Parteien in Russland, so sind es heute weniger als 20. Die Änderungen im Parteienrecht werden diese Entwicklung nochmals verstärken: Für die Zulassung zur Wahl müssen Parteien mindestens 50.000 Mitglieder haben, die sich nicht nur auf eine Region verteilen dürfen, eine Kautions von 1,7 Millionen Euro muss hinterlegt werden oder 200.000 Unterstützer-Unterschriften vorliegen. Von den beiden letzten Hürden sind die derzeit in der Duma vertretenen Parteien allerdings befreit. Die Umweltpartei bspw. scheiterte an der Wahlkommission wegen angeblich gefälschter Unterschriften. Der frühere russische Regierungschef Michail Kassjanow hat die Wahlen als „Farce“ und „Imitation eines demokratischen Prozesses“ bezeichnet. Die von der OSZE mit Verweis auf mangelnde Kooperationsbereitschaft des Kremls abgesagte Wahlbeobachtung wird nach Kritik auch der russischen Opposition nun durch eine Mission der Parlamentarischen Versammlung der OSZE durchgeführt werden.

„Partei der Macht“

Der Wunsch nach einer starken Partei ist nach den Worten des Osteuropaexperten Heinrich Vogel im russischen Volk „tief verankert“. Diesem Bedürfnis entspricht die sog. „Partei der Macht“, „**Einiges Russland**“. Die Partei verfügt in der Duma über 305 von 450 Sitzen. In aktuellen Umfragen steht „Einiges Russland“ mit Abstand an der Spitze. Da viele ihrer Mitglieder dem Staatsapparat angehören, wird sie auch als „Beamtenpartei“ bezeichnet. Putin selbst nannte die Partei, für die er als Spitzenkandidat antritt, keine ideale politische Kraft, denn ihr fehle eine schlüssige politische Ideologie. "Die ideologische Leere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion" will nach den Worten von Parteichef Sergej Mironow die Partei „**Gerechtes Russland**“ füllen, die in Umfragen allerdings unter der Sieben-Prozent-Hürde liegt. „Gerechtes Russland“ ist 2006 aus den drei kremlfreundlichen Parteien Rodina (Die Heimat), Schisn (Das Leben) und der Rentnerpartei hervorgegangen. Experten gilt sie als politisch linke Stärkung des Putin-Lagers und wird u. a. auch deshalb als zweite „Partei der Macht“ bezeichnet. Um den Anspruch Putins auf eine zentrale politische Rolle auch nach der zweiten Amtszeit zu untermauern, wurde die „**Bewegung für Putin**“ gegründet, die überwiegend von der Partei „Einiges Russland“ finanziert wird.

Sonstige Parteien

Der Opposition ist es nicht gelungen, ihre Zerstrittenheit zu beenden. Auch deshalb liegen die Zustimmungsraten für sie in Russland bei lediglich 15 Prozent. In der Bewegung „**Anderes Russland**“, deren bekanntester Protagonist Gari Kasparow ist, sind mindestens 14 Gruppierungen sämtlicher politischer Couleur vertreten. Sichtbares Zeichen der Bewegung ist der „Marsch der Unzufriedenen“, dessen Niederschlagung durch Sicherheitskräfte in Moskau im Frühjahr 2007 international für Kritik sorgte. Die etablierten Oppositionsparteien „**Jabloko**“ und „**Union Rechter Kräfte**“ (**SPS**) haben der Bewegung „Anderes Russland“ wegen der Beteiligung von Links- und Rechtsextremisten eine Absage erteilt. Jabloko gilt als sozialliberale Partei. Die SPS, 1999 als Wahlbündnis verschiedener Organisationen gegründet, steht ebenfalls für liberale Ideen. In letzter Zeit hat die SPS mehrere Spitzenpolitiker ihrer regionalen Kandidatenlisten verloren. Beide Parteien scheiterten 2003 an der Fünfprozenthürde, Jabloko ist aber mit vier direkt gewählten Kandidaten in der Staatsduma vertreten. Die mit 11,2 Prozent in die Staatsduma gewählte **Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)** wurde vom Rechtsextremisten Vladimir Schirinowski gegründet, der ihre einzige bekannte Figur ist. Sie stützt Putin und dessen Regierung. Die **Kommunistische Partei**, Nachfolger der KPdSU, gilt als einzige originäre Mitgliederpartei. Mit Gennadi Sjuganow an der Spitze erzielte sie 2003 12,6 Prozent.

Quellen und Literatur:

- <http://www.russland.ru>, <http://www.russlandanalysen.de/content/index.php>
- Brössler, Daniel (2007). „Präsident Putin hat immer recht“. SZ, 29. Oktober 2007.
- Kunze, Dr. Thomas (2007). Machtkampf in Russland. Opposition am Scheideweg. KAS 2007.
- Buhbe, Matthes/Gorza, Gabriele (2007). Russland heute. Wiesbaden 2007.